Beschlussvorlage

B-041/04-09/Tucheim

Amt: Bürgermeister

Erstellungsdatum: 09.05.2005

Betreff:

Änderung zur Gemeinschaftsvereinbarung

Status: öffentlich

Beratungsfolge:		Abstimmung			
		Ja	Nein	Enthaltung	Mitwirkungs- verbot gem. § 13 GO LSA
Sitzungsdatum	Gremium				
19.05.2005	Gemeinderat Tucheim				

Ergebnis der Abstimmung:

beschlossen

abgelehnt

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt

folgende Änderung zur Gemeinschaftsvereinbarung mit der Stadt Genthin

1. die Änderung des § 2 Aufgaben der Gemeinschaftsvereinbarung in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 01/08/04 vom 20.07.2004
2. die Änderung des § 3 Gemeinschaftsausschuss in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 01/08/04 vom 20.07.2004

Sichtvermerk/Datum:		
	Amtsleiter/in	Bürgermeister

Sachverhalt:

Die durch die der Verwaltungsgemeinschaft Genthin beigetretenen Gemeinden und die Stadt Genthin beschlossene Gemeinschaftsvereinbarung war in den zurückliegenden Monaten mehrfach Gegenstand von Beratungen, insbesondere in den Gemeinderäten.

Auch im Zusammenhang mit der im Vorfeld einer beabsichtigten Zuordnung mit Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaften Stremme-Nordfiener und Jerichow geführten Diskussion zu dieser Gemeinschaftsvereinbarung, wurden immer wieder Bedenken bezüglich der Abfassung des § 2 – Aufgaben – und des § 3 – Gemeinschaftsausschuss – geäußert. Bei der Regelung über die Übertragung von Aufgaben zur Besorgung oder zur Erfüllung war man überwiegend der Auffassung, dass die getroffene dazu führt, die Mitgliedsgemeinden „zu entmachten“, da die Formulierungen den Eindruck erwecken, dass sämtliche Aufgaben nunmehr von der Verwaltungsgemeinschaft, im konkreten Falle von der Stadt Genthin als Trägergemeinde, erfüllt werden.

In einer nochmaligen Beratung zur Abfassung der Gemeinschaftsvereinbarung, die am 16.11.2004 stattfand, haben sich die Bürgermeister auf die in der Anlage angefügte Neufassung des § 2 der Gemeinschaftsvereinbarung verständigt.

Eine weitere Änderung machte sich in Bezug auf die Zusammensetzung des Gemeinschaftsausschusses erforderlich. Auch hier wurde die Auffassung vertreten, dass der Personenkreis, der in die Arbeit des Gemeinschaftsausschusses zu breit gefasst wurde und insbesondere zu viele Vertreter des Stadtrates umfasst. Eine Änderung macht sich aber auch angesichts eines festgestellten Rechtsmangels erforderlich. Die in der beschlossenen Vereinbarung zu findende Formulierung, dass dem Ausschuss die Ortsbürgermeister der Ortsteile Parchen und Mützel angehören, ist rechtswidrig, da die geborenen Mitglieder des GA lediglich die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden sind (Mit Ausnahme des der Trägergemeinde) und die weiteren Mitglieder aus den Reihen der jeweiligen Vertretung entsandt werden. So wäre zwar die Mitgliedschaft des OBM Mützel möglich, nicht aber des OBM Parchen, da dieser nicht dem Stadtrat angehört. Auch hier wird auf die ausführliche Sachverhaltsdarstellung im Vorbericht verwiesen und um Zustimmung zu den vorgeschlagenen Veränderungen der Gemeinschaftsvereinbarung gebeten.

Die Veränderungen bedürfen der Genehmigung durch die obere Kommunalaufsichtsbehörde und erlangen ihre Rechtskraft erst nach Veröffentlichung.

Dieser Beschluss des Gemeinderates wurde am 2. Dezember 2004 gefasst.

Das Landäsverwaltungsamt beanstandete diesen Beschluss.

Begründung:

Die ortsübliche Bekanntmachung der Sitzung vom 2.12.2004 ist nicht ordnungsgemäß erfolgt.

Nach § 12 Abs. 3 der Hauptsatzung beträgt die Bekanntmachungsfrist 7 Tage.

Der Aushang erfolgte am 25.11.2004 und die Abnahme am 5.12.2004.

Sitzungstermin war der 2. 12. 2004. Die Frist begann bereits am 26.11.2004 und endete am 2.12.2004.

An diesem Tag fand jedoch bereits die Sitzung des Gemeinderates statt, so dass die Frist nicht eingehalten wurde. Daher ist der gefasste Beschluss formell rechtswidrig und muss folglich wiederholt werden.

Rechtsgrundlage:

Anlagen:

Beschluss 01/10/04 vom 2. Dezember 2004

Finanzielle Auswirkungen Vorlage Nr.: B-041/04-09/Tuheim

Projektverantwortlicher/Ansprechpartner	
---	--